

Dokumentiert: Solidarität nach Neonazi-Angriff auf Angelo Lucifero

Über 100 Gewerkschafter aus ganz Deutschland haben sich am Wochenende mit dem stellvertretenden ver.di-Landesvorsitzenden Angelo Lucifero solidarisiert, der am Donnerstag am Rande einer Demonstration von Neonazis angegriffen worden war und daraufhin mit einer Schreckschußwaffe geschossen hatte. In einem offenen Brief fordern sie DGB und ver.di dazu auf, sich hinter den Kollegen zu stellen und öffentlichen Schmähungen durch CDU und andere entschieden entgegenzutreten:

Tätliche Angriffe und Bedrohungen durch rechtsextreme Schlägertrupps gehören für Migranten und Antifaschisten in Thüringen zum Alltag – während die Polizei oft genug wegsieht. In dieser Situation möchten wir nachdrücklich darauf hinweisen, daß nicht Angelo Luciferos Handlung, sondern die Zustände, die dazu geführt haben, ins Zentrum der Auseinandersetzung gehören. Dazu zählt auch, daß es einer größeren Gruppe Nazis am Donnerstag, den 15.3.7 in Erfurt gelungen ist, an einer Kundgebung gegen Rechtsextremismus »teilzunehmen« und Kundgebungsteilnehmer anzugreifen, ohne daß die Polizei einschritt oder die Organisatoren der Kundgebung dazu in der Lage gewesen wären.

Zu diesen Zuständen gehört nicht zuletzt, daß beim letzten öffentlichen Auftreten von »Freien Kameradschaften« und NPD Thüringen am 9. Februar in der Erfurter Bahnhofstraße Polizei und Neonazis gemeinsam gegen Antifaschisten vorgegangen sind und die anwesenden Beamten nicht eingegriffen haben, als Angelo Lucifero von Neonazis niedergeschlagen wurde. Viele von uns kennen Situationen wie diese aus eigener Erfahrung und möchten unmißverständlich festhalten: Das Thüringer Gewaltproblem heißt stillschweigend geduldeter Naziterror und nicht Selbsthilfe der Betroffenen.

Wir wenden uns als engagierte Gewerkschaftsmitglieder an unsere Organisation und erwarten, daß Angelo Lucifero die volle Unterstützung erhält, insbesondere auch gegenüber der CDU-Landtagsfraktion, die sich nicht gegen die rechtsextremen Angreifer, sondern gegen den Angegriffenen stellt und in Selbstverteidigung ein »zweifelhaftes Demokratieverständnis« sieht. Einige der 135 Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland 1990–2005 würden vermutlich noch leben, hätten sie sich verteidigen können. Statt Passivität gegenüber rechtsextremen Gewalttätern zu verlangen, muß die Thüringer Regierungspartei endlich deren potentielle Opfer wirksam schützen.
<https://www.jungewelt.de/artikel/83398.dokumentiert-solidarität-nach-neonazi-angriff-auf-angelo-lucifero.html>